

ZfIR 2019, A 3

BGH: Kein Anspruch auf Beseitigung bei Einhaltung des Grenzabstands

Ein Grundstückseigentümer kann von seinem Nachbarn in aller Regel nicht die Beseitigung von Bäumen wegen der von ihnen ausgehenden natürlichen Immissionen auf sein Grundstück verlangen, wenn die für die Anpflanzung bestehenden landesrechtlichen Abstandsregelungen eingehalten sind, so der BGH (**Urt. v. 20. 9. 2019 – V ZR 218/18**).

Der Kläger verlangt die Beseitigung von auf dem Grundstück des Beklagten stehenden gesunden Birken. Grund sind die von den Birken ausgehenden Immissionen (Pollenflug, Herausfallen der Samen und Früchte, Herabfallen der leeren Zapfen sowie der Blätter und Birkenreiser). Der BGH verneinte einen Beseitigungsanspruch gem. § 1004 Abs. 1 BGB. Dieser setzte voraus, dass der Beklagte Störer im Sinne dieser Vorschrift ist. Hierfür genügt nicht bereits das Eigentum an dem Grundstück, von dem die Einwirkung ausgeht. Vielmehr ist die Feststellung erforderlich, ob es jeweils Sachgründe gibt, dem Grundstückseigentümer die Verantwortung für das Geschehen aufzuerlegen. Wenn es um durch Naturereignisse ausgelöste Störungen geht, ist entscheidend, ob sich die Nutzung des Grundstücks, von dem die Beeinträchtigungen ausgehen, im Rahmen ordnungsgemäßer Bewirtschaftung hält.

(PM BGH Nr. 123/2019 vom 20. 9. 2019)